

# Update: CoViD-19

8. April 2020





## Inhaltsverzeichnis

Update: CoViD-19.....	5
Belgrad/Serbien.....	5
Bratislava/Slowakei.....	10
Budapest/Ungarn.....	14
Krakau/Polen.....	19
Ljubljana/Slowenien.....	21
Prag/Tschechien.....	24
Sarajevo/Bosnien-Herzegowina.....	27
Sofia/Bulgarien.....	31
Zagreb/Kroatien.....	36



## Update: CoViD-19

### Belgrad/Serbien

#### Zahlen und Fakten

Mit Stichtag 7. April 2020 wurden um 15 Uhr 9.626 Personen auf CoViD-19 getestet. Infiziert sind bislang 2.447 Personen. An dem Virus gestorben sind bislang 61 Menschen, 118 sind geheilt. Hospitalisiert sind 1.394 Personen, davon befinden sich 109 Personen in kritischem Zustand und müssen künstlich beatmet werden. Es gibt 2.268 aktive Fälle. Das Durchschnittsalter der Verstorbenen beträgt 62,66 Jahre. Die Sterberate liegt bei 2,49 Prozent.

#### Aktuelle Lage in Belgrad

Mit Stichtag 6. April 2020 hat es in Belgrad 876 Infizierte gegeben. Für Belgrad und manche anderen Hotspots hat Staatspräsident Aleksandar Vučić (SNS – Serbische Fortschrittspartei) die Möglichkeit einer verlängerten Ausgangssperre angekündigt, voraussichtlich von Freitagnachmittag bis Montagfrüh, 5 Uhr. Chefepidemiologe Predrag Kon hält ein 24-stündiges Kontaktverbot für sinnvoll, auch eine 24-stündige Ausgangssperre wäre laut ihm denkbar. Belgrad sei besonders gefährdet, und die Kontakte zwischen BürgerInnen müssten maximal eingeschränkt werden.

Die Stadt Belgrad hat Stundungen der Mietenzahlung für Geschäftsräumlichkeiten der Stadt beschlossen. Die MieterInnen von Geschäftsräumen im städtischen Eigentum können die Mieten für den Zeitraum des CoViD-19-Ausnahmestands bis Ende 2020 mit einem Preisnachlass von 50 Prozent begleichen. Die zweite Option ist die Begleichung dieser Forderungen in zwölf gleichen Monatsraten im Jahr 2021.

Im täglichen Einsatz in Belgrad sind 1.083 KommunalarbeiterInnen sowie 308 Kommunalfahrzeuge. Die Stadt desinfiziert mit insgesamt 50 Tankwagen die öffentlichen Räume mit Chlor. Die Stadtbezirke haben 20 Firmen beauftragt, die Desinfektion von Wohnhäusern und Stiegen durchführen werden. An mehreren Orten in der Stadt sind Tanks aufgestellt, von denen die HausmeisterInnen Desinfektionsmittel gratis entnehmen können.

Das Verteidigungsministerium begann am 5. April mit dem Umbau des Militärambulatoriums im Belgrader Stadtteil Karaburma. Dort soll bis 19. April ein Krankenhaus zur Aufnahme von Neuinfizierten errichtet werden. Des Weiteren

wurden in Belgrad vier Lazaretten in den Messehallen, in der Stadthalle sowie in zwei weiteren Sporthallen eingerichtet, wo alle Infizierten mit leichten Symptomen untergebracht werden sollen. Die Kapazitäten dieser Unterbringungsstätten betragen bis zu 7.000 Krankenbetten. Derzeit werden CoViD-19-Infizierte nur in Messehallen untergebracht. Zum Stichtag 7. April 2020 sind in den Messehallen 104 Infizierte untergebracht.

Im Belgrader "Institut für Herz- und Kreislaufkrankheiten" wurden 67 MitarbeiterInnen mit CoViD-19 infiziert, überwiegend Krankenschwestern der Intensivstation, AnästhesistInnen sowie ChirurgInnen. Auch 14 PatientInnen haben sich angesteckt. Das Coronavirus konnte sich auch in der Entbindungsklinik "Narodni front" ausbreiten, wo 46 MitarbeiterInnen infiziert sind. Außerdem wurden mehrere Schwangere positiv auf CoViD-19 getestet. Zwei private Belgrader Altersheime vermeldeten CoViD-19-Infektionen bei SeniorInnen sowie MitarbeiterInnen.

Die Belgrader Märkte "Gradske pijace" veröffentlichten auf ihrer eigenen Website [http://www.bgpijace.rs/?page\\_id=178&lang=en](http://www.bgpijace.rs/?page_id=178&lang=en) Listen mit Gemüse- und ObstbäuerInnen, die ihre Produkte an die Hausadressen liefern können. Die städtischen Märkte sind bis auf Weiteres gesperrt. Neben Obst und Gemüse können auch andere Produkte wie Eier, Fleisch, Käse, Milch, Teigwaren, Honig, Fruchtsäfte, Wein oder Tee nach Hause geliefert werden. Serbiens Minister für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft, Branislav Nedimović (SNS – Serbische Fortschrittspartei) hat bis Ende dieser Woche die Inbetriebnahme des "E-Marktes" angekündigt. Es ist ein Portal zur Vernetzung von MarktverkäuferInnen, KäuferInnen und WarenlieferantInnen, das landesweite Waren- und Produktlieferungen an die Hausadresse ermöglichen soll.

## **Aktuelle Lage in Serbien**

Landesweit wurde die allgemeine Ausgangssperre für alle BürgerInnen an Wochenenden von Samstag 13 Uhr bis Montag 5 Uhr verlängert. SeniorInnen über 65 dürfen jetzt samstags von 4 bis 7 Uhr einkaufen gehen. Das Gassigehen wurde wieder erlaubt und zwar von 23 bis 1 Uhr sowie sonntags von 8 bis 10 Uhr in einem Umfeld von 200 Meter um den Wohnsitz. An öffentlichen Plätzen dürfen sich nicht mehr als zwei Personen versammeln. Laut Staatspräsident Vučić könnte der Ausnahmezustand in einem Monat aufgehoben werden, wenn nicht sogar früher.

Das Gesundheitsministerium und das "Institut für öffentliche Gesundheit" beschlossen am 7. April, dass keine Behandlung von Infizierten mehr in Heimquarantäne möglich sei. Somit müssen alle Infizierten in CoViD-19-Krankenhäusern oder in den Lazaretten der Messen und Sporthallen untergebracht und dort von medizinischem Personal behandelt werden. Alle im

Ausland gestrandeten serbischen StaatsbürgerInnen, die nach Hause kommen, müssen zunächst in eine öffentliche Quarantäne. Falls sie negativ getestet werden, müssen sie 28 Tage ab der Einreise in Heimquarantäne verbringen. Im Fall eines positiven Testergebnisses müssen sie sich in eines der eingerichteten Lazarette begeben.

In Bezug auf mögliche strengere Maßnahmen, sprach sich Chefepidemiologe Predrag Kon für ein absolutes Kontaktverbot für alle in der Zeit bis zu den orthodoxen Ostern (19. April) aus. Eine 24-stündige Ausgangssperre wäre lediglich in Belgrad und manchen anderen Hotspots denkbar, so Kon.

Die Reporterin des serbischen Portals "Nova.rs", Ana Lalić, wurde nach einem Artikel über mangelnde Schutzausrüstung im "Klinischen Zentrum Vojvodinas" (KCV) in der nordserbischen Stadt Novi Sad verhaftet. Das KCV beschwerte sich bei der Staatsanwaltschaft über Angaben im Artikel, weshalb die Reporterin der Panikverbreitung beschuldigt und festgenommen wurde. Nach zahlreichen Protesten der Redaktion und von JournalistInnenvereinen wurde die Reporterin einen Tag nach der Verhaftung wieder auf freien Fuß gesetzt. Zuvor hatte die serbische Regierung eine Verordnung beschlossen, dass Informationen über CoViD-19 nur mehr zentralisiert zu erfolgen habe. Demzufolge waren nur die staatlichen Krisenstäbe ermächtigt, Infos zu CoViD-19 an die Öffentlichkeit weiterzugeben. Die Verordnung wurde nach der Festnahme der Journalistin zurückgezogen, und zwar wie Ministerpräsidentin Ana Brnabić (SNS – Serbische Fortschrittspartei) begründete, "auf ausdrückliche Bitte des Staatspräsidenten". Die "Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (OSZE) äußerte Besorgnis wegen der Regierungsverordnung sowie der Festnahme von Ana Lalić, mit der Anmerkung, dass JournalistInnen die Bedingungen für ihre ungehinderte und freie Arbeit gewährt werden müssen.

Das serbische "Kommissariat für Flüchtlinge und Migrationen" startete auf seiner Website ein Tagesbulletin zur Information von MigrantInnen über CoViD-19. Das Bulletin wird in den Aufnahmezentren auch in mehreren Sprachen an die Flüchtlinge verteilt. Laut Bekanntgabe des Kommissariats vom 7. April 2020 gibt es unter den Flüchtlingen und MigrantInnen keine Infizierten. In einem Aufnahmezentrum südlich von Belgrad kam es zu einer Massenschlägerei unter jüngeren MigrantInnen. Grund war die Unzufriedenheit mit der allgemeinen Wochenend-Ausgangssperre, die landesweit für alle Personen gilt.

Neue Regelungen gelten in den Krankenhäusern bei der Anmeldung von Personen, die befürchten, mit CoViD-19 infiziert zu sein. Diese Personen werden angewiesen, sich bei den Gemeinde- und Bezirksambulatorien zu melden, wo sie auf die Symptome getestet werden. Diese Maßnahme wurde im Rahmen der Testoffensive ergriffen, damit möglichst viele Menschen erfasst werden. Auf diese

Weise soll schnell reagiert werden, um mögliche weitere Komplikationen zu verhindern.

Doch laut verfügbaren Angaben steht die angekündigte Testoffensive aus. Während manche EpidemiologInnen zugeben, dass Serbien beim Massentesten schlampig gearbeitet hat und die Kapazitäten nicht vollständig ausgenutzt hat, behaupten andere, dass ein Massentesten zum aktuellen Zeitpunkt gar nicht notwendig sei. Stattdessen werde ein "erweitertes Testen" durchgeführt. Das soll heißen, dass sich die BürgerInnen noch nicht auf eigene Initiative testen können, sondern dass ÄrztInnen entscheiden, wer getestet wird. Die RegierungspolitikerInnen hatten das Massentesten ab 25. März angekündigt. Aktuell werden täglich etwas mehr als 1.000 Personen auf CoViD-19 getestet. Serbien ist mit Ausnahme von Albanien das Land mit den wenigsten durchgeführten CoViD-19-Tests in der Region. Es werden 1.102 Personen pro einer Million EinwohnerInnen auf das Coronavirus getestet.

Auf dem Portal "E-Gesundheit" ist auch eine Selbsteinschätzung der Ansteckung mit CoViD-19 möglich. BenutzerInnen sind aufgefordert, persönliche Daten einzugeben und Symptome, die sie haben, zu beschreiben. Danach erhalten sie Richtlinien für ein weiteres Vorgehen und werden auf direkte elektronische Kommunikation mit den zuständigen Ambulatorien verwiesen.

## Hotspots

Belgrad bleibt nach wie vor der größte Hotspot. Mit Stichtag 6. April 2020 wurden 876 Infizierte verzeichnet. Zu erwarten ist, dass die Infiziertenzahl in Belgrad weiter stark ansteigen wird, bedingt durch die zahlreichen gesellschaftlichen Kontakte. Weitere Hotspots sind Niš mit 90 Infizierten, Novi Sad mit 86 und insbesondere die Gemeinde Čuprija mit 83 Infizierten. Proportional zur EinwohnerInnenzahl ist Čuprija die Gemeinde mit der höchsten Infiziertenrate in Serbien. Jüngsten Berichten zufolge entwickelt sich ein Hotspot auch im südserbischen Leskovac, wo sich die Anzahl der Infizierten binnen eines Tages auf 62 verdoppelte.

## Politische Statements

Staatspräsident Aleksandar Vučić (SNS) zeigt nach wie vor seine offene Sympathie für China und alles, was aus diesem Land kommt. Weiterhin verwendet er in seinen Auftritten den Ausdruck "chinesisches Brudervolk" und "chinesische Freunde", was auch von anderen RegierungspolitikerInnen übernommen wird. Russland hat elf Flieger mit Desinfektionsfahrzeugen, Desinfektionsmitteln, DesinfektionsexpertInnen sowie ÄrztInnen nach Serbien geschickt. Diese russische Hilfe wird von Ministerpräsidentin Ana Brnabić (SNS) und Verteidigungsminister Aleksandar Vulin (PS – Bewegung der Sozialisten) stark



gelobt und in regimetreuen Medien vermehrt untergebracht. Auf der anderen Seite berichten regierungstreue Medien nur selten und bescheiden über die Hilfe, die die EU für Serbien leistet. Die EU hat 94 Millionen Euro aus dem IPA-Vorbeitrittsfonds für die Eindämmung von CoViD-19 in Serbien umgeleitet (davon sind 15 Millionen Euro Sofortmaßnahmen).

## Parteien

SNS: Serbische Fortschrittspartei (Mitte-rechts)

PS: Bewegung der Sozialisten (links)

## Quellen

Nova.rs (Internetportal, <https://nova.rs/>)

N1.info (Internetportal, <http://rs.n1info.com/>)

RTS.rs (Internetportal, <https://www.rts.rs/>)

B92.net (Internetportal, <https://www.b92.net/>)

## Bratislava/Slowakei

### Zahlen und Fakten

Laut den Angaben des Gesundheitsministeriums vom 7. April 2020 gibt es in der Slowakei insgesamt 581 Infizierte. Bisher wurden 13 Genesene verzeichnet und am 6. April die zwei ersten Todesfälle bekannt gegeben. Am Montag hat der Gesundheitsminister, Marek Krajčí (OLaNO - Gewöhnliche Menschen und unabhängige Persönlichkeiten), bestätigt, dass es sich bei dem ersten Todesopfer um einen Patienten handelt, der mit einer Lungenentzündung zur weiteren Behandlung aus einem Krankenhaus nach Hause entlassen wurde und dort kurze Zeit später gestorben ist. Beim zweiten Todesfall handelt es sich um eine Frau, die lange Zeit hospitalisiert war und sich in einem sehr schweren Zustand befand. Die endgültige Todesursache wird in diesem Fall erst nach der Autopsie feststehen.

Seit dem 1. April wurden die Laborkapazitäten für Coronavirus-Tests um die Privatlabors ausgebaut und somit wesentlich erhöht. Derzeit werden zwischen 1.000 und 1.900 Tests pro Tag durchgeführt. Vor dem 1. April wurden circa 300 bis 400 Tests pro Tag gemacht. Seit dem 22. Jänner 2020 wurden in der Slowakei bisher 17.639 Tests durchgeführt, davon fielen 17.058 negativ aus.

Nach einem Berechnungsmodell des Instituts für Gesundheitspolitik wird die Epidemie in der Slowakei ihren Höhepunkt Anfang Juli erreichen, mit 170.000 Infizierten und 1.000 Menschen, die eine künstliche Beatmung benötigen.

### Aktuelle Lage in Bratislava

Obwohl die Epidemie das ganze Land umfasst, wird der größte Epidemie-Ausbruch in Bratislava verzeichnet. Dies wurde vom Gesundheitsminister, Marek Krajčí (OLaNO), in der politischen Debatte des privaten Fernsehsenders TA3 am Sonntag, dem 6. April 2020, hervorgehoben. Daher müssen sich seiner Meinung nach die Maßnahmen hauptsächlich auf die Hauptstadt und ihre Umgebung konzentrieren.

Aufgrund des schönen Wetters verstärkt die Stadt die Kontrollen der Stadtpolizei, insbesondere an den beliebten und häufig besuchten Orten in Bratislava, an denen das Risiko besteht, dass sich dort mehrere Menschen auf einmal treffen könnten. Im Rahmen der städtischen Coronavirus-Informationskampagne wurden an diesen Orten Tafeln mit dem Aufruf "An diesen Orten muss es uns weniger geben!" und der Erinnerung an die im öffentlichen Raum geltenden Beschränkungen aufgestellt.

Die städtische Verkehrsgesellschaft fordert die Fahrgäste in ihren Fahrzeugen auf, einen Sicherheitsabstand von zwei Metern zu halten. Außerdem dürfen die PassagierInnen nur Sitzplätze am Fenster nehmen. Die Fahrzeuge werden weiterhin desinfiziert, nun auch an den Endhaltestellen. Darüber hinaus werden die FahrerInnen angewiesen, die Griffe mit Desinfektionsmittel zu reinigen.

Für die Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus setzen sich auch die BürgerInnen ein. Die BürgerInnenvereinigung "Odysseus" hat in der Siedlung "Pentagon" im Stadtteil Vrakuňa, einem in Bratislava wegen seiner hohen Drogen- und Kriminalitätsrate berüchtigten Gebiet, bei der Aufklärung zum Thema CoViD-19 geholfen und dabei Mundschutzmasken an Obdachlose verteilt. In Zusammenarbeit mit dem Magistrat und dem Verteidigungsministerium wurden dort am 3. April außerdem eine Desinfektionsstation und Sanitäranlagen installiert.

## **Aktuelle Lage in der Slowakei**

Die slowakische Regierung hat am Montag, dem 6. April, aufgrund der kommenden Osterfeiertage weitere Beschränkungen eingeführt. Ab heute, dem 8. April, bis zum 13. April wird der freie Personenverkehr stark eingeschränkt. Die einzigen Ausnahmen sind der Weg zur Arbeit und zurück, die Versorgung der Grundbedürfnisse, Arzttermine, der Aufenthalt in der Natur in den Grenzen der Region (im Fall von Košice und Bratislava – in den Grenzen der Stadt), Beerdigungen, die Pflege einer verwandten Person oder die Hilfe für NachbarInnen. Mit dieser Anordnung wurde die Ausübung des Rechts auf friedliche Versammlung – mit Ausnahme der zusammenlebenden Personen – untersagt. Die Einhaltung dieser Maßnahmen wird durch die Polizei und Streitkräfte kontrolliert. Die Geldstrafe bei Verstößen gegen die Anordnung beträgt bis zu 1.659 Euro.

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Osterfest hat die slowakische Gesundheitsbehörde am Montag, dem 6. April, darüber hinaus mitgeteilt, dass die öffentlichen Gottesdienste weiterhin verboten sind.

Der Aussage des Gesundheitsministers, Marek Krajčí (OL'aNO), am 4. April zufolge habe die Slowakei es bisher sehr gut geschafft, mit der Coronavirus-Epidemie umzugehen. Infolgedessen wird sich der Minister mit der Idee befassen, dass nach Ostern die Durchführung der geplanten Operationen in den slowakischen Krankenhäusern wieder genehmigt werden soll.

Die slowakischen Krankenhäuser werden 300 neue Beatmungsgeräte erhalten. Am 5. April 2020 hat die Regierung mit der slowakischen Gesellschaft "Chirana Medical Stará Turá" einen Vertrag über die Lieferung von Geräten zur künstlichen Lungenventilation unterzeichnet. Der Vertrag läuft bis Ende Juni 2020.

Ihren Beitrag zur Eindämmung der Epidemie haben auch die Strafgefangenen geleistet. In weniger als einem Monat haben sie 100.000 Schutzmasken hergestellt.

Seit dem 6. April werden die slowakische VolksschülerInnen nicht mehr benotet. Dies hat Miroslava Hapalová, die Leiterin des Staatlichen Pädagogischen Instituts, bei einer Pressekonferenz am Montag mitgeteilt. Die VolksschülerInnen werden voraussichtlich verbal beurteilt. In den Mittelschulen wird eine klassische Beurteilung durchgeführt. Es kommt jedoch zu keiner Klassenwiederholung, weder in den Volks- noch den Mittelschulen.

Am 3. April starteten verstärkte CoViD-19-Testungen der EinwohnerInnen der Roma-Siedlungen (in den Gebieten Prešov und Trebišov). Die Tests werden mithilfe von MilitärärztInnen durchgeführt.

Ebenfalls am 3. April wurden neue Quarantäne-Regelungen für die Einreise in die Slowakei festgelegt. Unter anderem umfasst die obligatorische Quarantäne in staatlichen Einrichtungen keine Schwangere, Minderjährige, Behinderte und onkologische sowie psychiatrische PatientInnen. Für diese Gruppen wurde eine häusliche Quarantäne angeordnet. Die Quarantänepflicht gilt auch nicht für Lkw-FahrerInnen, Lok-FührerInnen sowie die Besatzungen von Schiffen, Flugzeugen und Rettungswagen.

Die am 25. März beschlossene Änderung des Gesetzes über Datenschutz (GDPR) ist auf sehr starke Kritik der ehemaligen Regierungspartei "Richtung-Sozialdemokratie" (SMER-SD) gestoßen. Wie ihr Parteivorsitzender, Robert Fico, angekündigt hat, werde sich SMER-SD diesbezüglich an das Verfassungsgericht wenden. Diese Gesetzesänderung ermöglicht dem Amt für öffentliche Gesundheit, auf mobile Daten zuzugreifen und durch die Lokalisierung von SIM-Karten die Bewegungsprofile der BürgerInnen zu verfolgen.

## **Hotspots**

Die höchste Anzahl der CoViD-19-Infizierten (169 Fälle) wird weiterhin in der Region Bratislava verzeichnet, davon 135 in der Hauptstadt. Weiter folgen die Regionen Prešov (81 Fälle), Žilina (76 Fälle), Trenčín (66 Fälle). Die wenigsten CoViD-19 Infizierten gibt es bisher in den Regionen Banská Bystrica und Nitra.

## **Politische Statements**

Der Premierminister, Igor Matovič (OĽaNO), sieht derzeit keine Möglichkeit, die Maßnahmen gegen CoViD-19 aufzuheben. Dies hat er auf der Pressekonferenz nach der Regierungssitzung am Dienstag, dem 7. April, mitgeteilt. Er will sich kein Beispiel an den Nachbarländern nehmen, die die Sicherheitsmaßnahmen nach Ostern lockern würden. Seinen eigenen Worten zufolge, wolle er nicht dem Beispiel von Ländern folgen, die in der Bekämpfung des Coronavirus schlechter

seien als die Slowakei. Ihm zufolge sollten die Maßnahmen nicht gelockert werden, wie es Österreich oder Tschechien planen.

Der Wirtschaftsminister, Richard Sulík (SAS - Freiheit und Solidarität), scheint die Situation etwas anders einzuschätzen. Er würde weitere Geschäfte (mit der Ausnahme von Einkaufszentren) spätestens nach Ostern wieder öffnen. Dies hat er am Sonntag, dem 5. April, in einer politischen Debatte eines öffentlich-rechtlichen TV-Senders mitgeteilt. Die Idee wird von seinem Vorgänger Peter Žiga (SMER-SD) für voreilig gehalten.

Die Vizepremierministerin, Veronika Remišová (ZL), hat sich gegen die Verschärfung der Maßnahmen für die Osterzeit ausgesprochen. Die stellvertretende Vorsitzende der Partei "Für die Menschen" (ZL), die der Vier-Parteien-Koalition der Regierung von Matovič angehört, hat auf ihrer Facebook-Seite am 6. April diesbezüglich mitgeteilt: "Wir haben das gleiche Ziel, der Weg dazu könnte aber anders sein. Heute hat die Regierung beschlossen, den Personenverkehr in der Ferienzeit einzuschränken. Von Mittwoch bis Montag. Im Koalitionsrat und auf der Regierungssitzung schlug ich im Namen unserer Partei vor, den Menschen nichts zu befehlen, die Polizei und das Bundesheer nicht einzubeziehen, sondern die Menschen nur darum zu bitten."

## Parteien

OLaNO: Gewöhnliche Menschen und unabhängige Persönlichkeiten (Mitte-rechts)

SaS: Freiheit und Solidarität (rechts)

SMER-SD: Richtung-Sozialdemokratie (links)

SR: Wir sind eine Familie - Boris Kollár (rechtspopulistisch)

ZL: Für die Menschen (Mitte)

## Quellen

Teraz.sk (Onlineportal der staatlichen Slowakischen Presseagentur TASR, [www.teraz.sk](http://www.teraz.sk))

Sme.sk (Onlineportal der Tageszeitung SME, <https://ekonomika.sme.sk/>)

Sme.sk (Regionale Onlineausgabe der Tageszeitung SME, [www.mybanskabystrica.sme.sk](http://www.mybanskabystrica.sme.sk))

Website des slowakischen Amtes für öffentliche Gesundheit ([www.uvzsr.sk](http://www.uvzsr.sk))

Staatliche Themenseite zum Coronavirus ([www.korona.gov.sk](http://www.korona.gov.sk))

Website des slowakischen Gesundheitsministeriums ([www.health.gov.sk/](http://www.health.gov.sk/))

Bratislava.dnes24.sk (Nachrichtenportal, [www.bratislava.dnes24.sk](http://www.bratislava.dnes24.sk))

Website der Stadt Bratislava ([www.bratislava.sk](http://www.bratislava.sk))

Facebook-Seite der stellvertretenden Premierministerin Veronika Remišová (<https://www.facebook.com/remisova.veronika/>)

# Budapest/Ungarn

## Zahlen und Fakten

Aktuell gibt es 895 CoViD-19-Infizierte in Ungarn. 94 Personen sind wieder genesen. Bisher wurden 58 Todesfälle registriert. Derzeit sind 15.481 Personen in Heimquarantäne, und 25.748 Tests wurden durchgeführt.

## Aktuelle Lage in Budapest

Seit kurzem ist die regionale Verteilung des Coronavirus auch auf der offiziellen Corona-Webseite der Regierung veröffentlicht worden. Damit ist auch die genaue Anzahl der CoViD-Infizierten in der ungarischen Hauptstadt einsehbar. Derzeit sind in Budapest 387 infizierte Personen registriert.

In vielen Budapester Bezirken versuchen die einzelnen Bezirksverwaltungen von sich aus, die BezirksbewohnerInnen mit diversen Wirtschaftsmaßnahmen zu unterstützen. So versucht beispielsweise der Bürgermeister des 8. Bezirkes jene in seinem Bezirk fördern, die wegen des Coronavirus in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind und sich ihr Essen, ihre medizinische Versorgung oder ihre Miete nicht mehr leisten können. Die Hilfe beträgt zwischen 30.000 und 50.000 ungarischen Forint (circa 82 und 137 Euro).

Im 1. Budapester Bezirk wurde ebenfalls ein "Krisenpaket" für BezirksbewohnerInnen angekündigt: Das Einkommen von Hilfsbedürftigen wird monatlich auf 100.000 Forint (277,7 Euro) für die nächsten drei Monate aufgestockt. Anspruchsberechtigt sind Alleinerziehende, Arbeitssuchende, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe mehr haben, Klein- und Mittelunternehmer, die durch die Corona-Krise keine Einnahmen mehr haben, PensionistInnen mit einer Mindestpension, und Familien mit Kleinkindern, deren Einnahmen diese Summe nicht übersteigt. Ein dreimonatiges Zahlungsmoratorium für Unternehmen und BewohnerInnen, die ihre Geschäftslokale und Wohnungen von der Bezirksverwaltung mieten, wurde eingeführt. BewohnerInnen erhalten außerdem eine waschbare Leinenmaske pro Haushalt.

Der 15. Bezirk versucht den BewohnerInnen mit einer, vor kurzem entwickelten App zu helfen: Hier können die BezirksbewohnerInnen melden, ob sie oder andere Personen Hilfe beim Kauf von Lebensmitteln oder Medikamenten brauchen. Ferner gibt es auch Unterstützung bei anderen Aufgaben, die wegen der Coronakrise und der Ausgangssperre nicht alleine zu bewältigen sind. Der Schwerpunkt der App liegt auf der Hilfe und Information für die Bevölkerung. Die App soll später aber auch für die Koordination von freiwilligen HelferInnen geeignet sein. Diese Dienstleistung hilft den BewohnerInnen und erleichtert gleichzeitig die Administration der Bezirksverwaltung.

Die Budapester Stadtverwaltung hat sich dazu entschieden, vorübergehend neue Fahrradwege in Budapest zu errichten. So sollen die BudapesterInnen während der Corona-Krise sicherer unterwegs sein. In der ersten Etappe soll ein innerstädtisches Netz errichtet werden. Zunächst ist die Maßnahme auf zwei Straßen in Buda beschränkt: Die weiteren Strecken werden nach dem Monitoring der Ergebnisse bekannt gegeben. Die Maßnahme soll voraussichtlich bis September 2020 gültig bleiben.

Nach der Entscheidung von Oberbürgermeister Gergely Karácsony (Párbeszéd – Dialog) galt ab 19. März 2020 in Budapest im öffentlichen Verkehr der Sommerfahrplan, seit 1. April gilt der Samstagfahrplan. Es stellte sich allerdings heraus, dass die Fahrgastfrequenz dafür zu groß ist und die Fahrzeuge überfüllt sind. Viele kritisierten diese Entscheidung heftig, und haben die Stadt aufgefordert, die Fahrtfrequenz wieder zu erhöhen. Der Oberbürgermeister hat die Empfehlungen akzeptiert und die "Budapester Verkehrszentrale" (BKK) angewiesen, ab 2. April auf mehreren Linien auf kürzere Intervalle umzustellen. Seit Montag, dem 6. April 2020, ist in Budapest wieder der Ferienfahrplan gültig, der BKK beobachtet ständig die Auslastung und die Intervalle.

Im Sinne der Vorbeugung werden ältere Obdachlose, die sich in einem ausgesprochen schlechten Gesundheitszustand befinden, vorübergehend in Wohnungen der Stadt Budapest untergebracht. Die Hauptstadt stellt zu diesem Zweck 71 leere Wohnungen im 8. Bezirk zur Verfügung.

Seit Montag, dem 6. April, ist das Parken an öffentlichen Plätzen ungarweit kostenlos – das hat Premierminister Viktor Orbán (Fidesz – Bund junger Demokraten) am Wochenende entschieden. Die Regierung schaffte die Parkgebühren per Dekret ab. Die Regelung gilt generell für Parkflächen im öffentlichen Raum, außer für jene Bereiche, die für den öffentlichen Verkehr gesperrt sind. Die Maßnahme gilt bis zum Ende der Gefahrenlage. Der Oberbürgermeister kritisierte die Entscheidung, die abgeschafften Parkgebühren würden jene Menschen, die bisher zu Hause geblieben sind, dazu ermuntern jetzt hinaus zu gehen.

## **Aktuelle Lage in Ungarn**

Ungarn steht aufgrund der aktuellen Lage seit dem 11. März unter einer temporären Notstandsregelung. Schulen und Universitäten sind geschlossen, Veranstaltungen sind verboten. Cafés und diverse Vergnügungsorte bleiben nur noch mit Einschränkungen geöffnet. Einreisen dürfen, mit wenigen Ausnahmen, nur noch die eigenen StaatsbürgerInnen. Zahlreiche "strategisch wichtige"

Unternehmen, darunter beispielsweise die Ölgesellschaft MOL oder die Ungarische Bahngesellschaft (MÁV) und die Budapester Kanalwerke, wurden dem Militär unterstellt.

Die Regierung hat auch weitere Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Bevölkerung für zwei Wochen, geltend ab dem 28 März, verhängt. BürgerInnen dürfen das Haus nur verlassen, wenn sie arbeiten gehen oder ihre Grundbedürfnisse erfüllen. Ältere Menschen über 65 Jahren dürfen nur zwischen 9 und 12 Uhr einkaufen gehen. Zu diesem Zeitpunkt dürfen nur sie sich in den Lebensmittelgeschäften aufhalten.

Es wird derzeit an einem "Aktionsplan" gearbeitet, laut dem das Gesundheitspersonal innerhalb des Landes dorthin entsendet werden kann, wo es am dringendsten benötigt wird. Laut Premierminister Viktor Orbán hat die Regierung dafür 110 StudentInnenwohnheime und 58 Hotels reserviert, in denen mehr als 25.000 Personen unterbracht werden können. Alle Krankenhausangestellten erhalten noch in diesem Jahr eine einmalige Vergütung in Höhe von 500.000 Forint (1.382 Euro).

Eine neue Regierungsverordnung gilt seit dem 6. April für die Regelung der Überstunden von PflegerInnen in Altenheimen, PolizistInnen und SoldatInnen. Der tägliche Dienst kann mehr als zwölf Stunden ausmachen, maximal aber 24 Stunden.

Die Lieferung von Masken und medizinischen Schutzmitteln wurde zoll- und mehrwertsteuerfrei. Ungarn spendete Nordmazedonien 100.000 Schutzmasken und 5.000 Schutzoveralls, während Serbien 200.000 Schutzmasken und 10.000 Schutzoveralls von Ungarn erhalten hat.

Ungarns Premier hat am 6. April die zweite Stufe des wirtschaftlichen Aktionsplans der Regierung gegen die Corona-Krise angekündigt. Die drei Phasen des Aktionsplans werden 18 bis 22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen. Im Rahmen der zweiten Phase werden fünf Programme gestartet. Einen Teil der Löhne für Personen, deren Arbeitszeit verkürzt wurde, wird die Regierung übernehmen. Außerdem sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, für Investitionen stehen Mittel von 450 Milliarden Forint (1,2 Milliarden Euro) bereit. Prioritäre Sektoren wie unter anderem Tourismus, Gesundheitsindustrie und Landwirtschaft wird die Regierung mit zusätzlichen Maßnahmen unterstützen. Unternehmen erhalten Kredite mit Zinszuschüssen oder staatlichen Garantien im Wert von rund 2.000 Milliarden Forint (5,5 Milliarden Euro). Die "13. Monats-Pension" wird ebenfalls erneut eingeführt. Die Auszahlung erfolgt im kommenden Jahr stufenweise, SeniorInnen erhalten jeweils im Februar eine zusätzliche Wochenpension. Das Budget für das Jahr 2020 muss abgeändert werden. Das



Haushaltsdefizit von einem Prozent wird sich auf 2,7 Prozent des BIP erhöhen. Für die Durchführung und Koordinierung der Programme ist der Minister für Innovation und Technologie, László Palkovics (parteilos), zuständig.

## Hotspots

Die offiziellen Zahlen zeigen, dass die meisten Infizierten (387 Personen) die Hauptstadt Budapest aufweist, gefolgt vom Komitat Pest mit 164 Infizierten.

Als eine Neuerung auf der offiziellen Coronavirus-Website der Regierung ([www.koronavirus.gov.hu](http://www.koronavirus.gov.hu)) ist nun auch die Anzahl der Infizierten angegeben, die von den Behörden dazu verpflichtet wurden, sich einer Hausquarantäne zu unterziehen.

## Politische Statements

"Nach zehn Jahren harter Arbeit haben wir uns gerade erholt, als die Coronavirus-Pandemie in Europa eintraf und jetzt alles bedroht, wofür wir gearbeitet haben", sagte Premier Orbán als Einführung zur Ankündigung der neuesten Wirtschaftsmaßnahmen am Montag, dem 6. April. "Ziel ist es, so viele Arbeitsplätze zu schaffen, wie durch die Epidemie zerstört werden", bezeichnete Premier Orbán als einen der 5-Punkte des angekündigten Wirtschaftspakets. "Menschenleben retten und die Zukunft sichern ist die Aufgabe", so Orbán. Die Oppositionsparteien bewerteten die Maßnahmen als "unzureichend und schwach" und seien eher ein "PR-Schritt". Der sozialistische Abgeordnete Bertalan Tóth (MSZP – Ungarische Sozialistische Partei) begrüßte die Vergütung von 500.000 Forint (1.360 Euro) für Krankenhausangestellte, sagte jedoch, dass SozialarbeiterInnen, Post- und Einzelhandelsangestellte ebenfalls Schutzausrüstung und finanzielle Anerkennung verdienen. Laut Tóth will der Premierminister "die tragische Situation ausnutzen", um "seinen Oligarchen Land, Geld und Privilegien zu geben".

## Parteien

Fidesz: Bund Junger Demokraten (nationalkonservativ)

Párbeszéd: Dialog (Mitte-links)

MSZP: Ungarische Sozialistische Partei (links)

## Quellen

index.hu (Nachrichtenportal, [www.index.hu](http://www.index.hu))

koronavirus.hu (Zentrale Website für Coronavirus, [www.koronavirus.gov.hu](http://www.koronavirus.gov.hu))

koronavirus.budapest.hu (Budapester Website zum Coronavirus,  
[www.koronavirus.budapest.hu](http://www.koronavirus.budapest.hu))  
portfolio.hu (Nachrichtenportal, [www.portfolio.hu](http://www.portfolio.hu))  
magyarnemzet.hu (Nachrichtenportal, [www.magyarnemzet.hu](http://www.magyarnemzet.hu))

## Krakau/Polen

### Zahlen und Fakten

Am 4. März wurde in Polen der erste CoViD-19-Fall festgestellt. Derzeit gibt es in Polen 5.000 bestätigte Fälle. Dazu zählen auch 136 inzwischen verstorbene Personen. 191 Personen sind genesen. Unter stationärer Beobachtung in den Krankenhäusern stehen derzeit 2.476 PatientInnen. Zurzeit befinden sich 148.130 Personen in häuslicher Quarantäne. 36.391 Personen stehen unter Beobachtung der Sanitär-Epidemiologischen Station SANEPID.

Durch ein Sondergesetz wurden 19 Krankenhäuser in eigens für CoViD-19-PatientInnen isolierte Kliniken umgewandelt. Angaben des Gesundheitsministeriums zufolge verfügen diese insgesamt über 10.000 Krankenbetten und circa 1.000 Beatmungsgeräte. Derzeit gibt es 31 Labors, die 7.000 Coronavirus-Tests pro Tag durchführen können. Bis jetzt wurden 92.215 Tests durchgeführt. Das sind umgerechnet 2.427 Tests pro einer Million BürgerInnen.

### Aktuelle Lage in Krakau

In Krakau gibt es 380 bestätigte CoViD-19-Fälle. Darunter sind acht Todesfälle. Fünf Personen sind genesen. 146 Personen in der Region Kleinpole sind in stationärer Beobachtung. 16.880 Personen befinden sich in Quarantäne. 2.529 Personen stehen unter Beobachtung des SANEPID.

In der Universitätsklinik stehen wegen vier an CoViD-19 erkrankten PflegerInnen alle PatientInnen und 200 MitarbeiterInnen unter Quarantäne. Im Hotel Wyspianski mit 205 Zimmern wurde ein Quarantäneort eingerichtet. Dort werden beispielsweise jene Personen untergebracht, die aus dem Ausland zurückgekommen sind und ihre Familien nicht anstecken wollen. Das Hotel Royal mit 99 Zimmern wurde von der Universitätsklinik gemietet. Dort übernachtet das medizinische Personal, das nicht zu Hause übernachten will. Beim Betreten der Krankenhäuser wird bei jeder Mitarbeiterin beziehungsweise jedem Mitarbeiter die Körpertemperatur gemessen. Vor den Krankenhäusern wurden Zelte aufgestellt, in denen die Erstuntersuchung aller PatientInnen vom medizinischen Personal in Schutzkleidung durchgeführt wird. Neben den öffentlichen Grünflächen darf nun auch der Wolski-Wald nicht mehr betreten werden.

### Aktuelle Lage in Polen

Die bestehenden Bewegungseinschränkungen, die am 1. April 2020 eingeführt worden sind, wurden am 6. April 2020 um das Betretungsverbot der Wälder

erweitert. Die Regierungspartei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) hält trotz der CoViD-19- Epidemie am Termin für die Staatspräsidentenwahl am 10. Mai 2020 fest. Am 6. April 2020 wurde vom Sejm eine neue Wahlordnung beschlossen. Es soll eine Briefwahl für alle Wahlberechtigten für den 10. oder den 17. Mai 2020 organisiert werden. Eine Schlüsselaufgabe soll die Polnische Post bekommen, handelt es sich dabei um die Lieferung von insgesamt 30 Millionen Wahlkarten. Nach seiner Verabschiedung durch den Sejm, der unteren Kammer des Parlaments, kommt nun das Gesetz in den Senat. In der oberen Parlamentskammer hat die Opposition die Mehrheit. Es wird damit gerechnet, dass der Senat dieses neue Wahlgesetz ablehnen wird. Wenn er es ablehnt, wird höchstwahrscheinlich der Sejm, in dem die Regierungspartei PiS über die Mehrheit verfügt, die neue Wahlordnung durch nochmalige Abstimmung gegen den Willen des Senats beschließen.

## Hotspots

Die CoViD-19-Fälle sind in Polen relativ gleichmäßig verteilt. Es gibt keine Regionen, die nicht betroffen sind. So hat die Regierung beschlossen, keine Gebiete gesondert zu isolieren.

## Politische Statements

Die EU-Kommissarin für Werte und Transparenz, Vera Jourova, sagte im Interview mit der Tageszeitung "Rzeczpospolita": "Ich mache mir große Sorgen um die Legalität und Verfassungskonformität der Wahlen in Polen. Meine Aufgabe ist es, die polnische Regierung an die internationalen Standards zu erinnern. Solche, wie die Empfehlung vom Europarat, keine Änderungen der Wahlordnung später als ein Jahr vor den Wahlen durchzuführen."

## Parteien

PiS: Recht und Gerechtigkeit (rechts)

## Quellen

onet.pl (Nachrichtenportal, [www.onet.pl](http://www.onet.pl))

wyborcza.pl (Internetausgabe der Tageszeitung Gazeta Wyborcza, [www.wyborcza.pl](http://www.wyborcza.pl))

krakow.pl (Website der Stadt Krakau, [www.krakow.pl](http://www.krakow.pl))

rmf24.pl (Website des privaten Radiosenders RMF, [www.rmf24.pl](http://www.rmf24.pl))

## Ljubljana/Slowenien

### Zahlen und Fakten

Bis zum 7. April 2020 wurden in Slowenien 1055 Corona-Virus-Fälle bestätigt – 36 Personen sind bisher gestorben. Unter den Infizierten sind 576 Frauen und 479 Männer. Aktuell sind 111 Personen stationär aufgenommen, 31 davon befinden sich auf der Intensivstation – alle anderen sind in häuslicher Isolation. Eine Statistik der Genesenen ist nicht bekannt, 115 Personen wurden jedoch bereits aus dem Krankenhaus entlassen. Auf einer speziellen dafür eingerichteten Unterseite auf dem offiziellen Webportal der slowenischen Regierung sind alle relevante Informationen zum Coronavirus abrufbar. Bislang wurden 28.253 Tests durchgeführt.

### Aktuelle Lage in Ljubljana

Die Stadtgemeinde Ljubljana orientiert sich weiterhin an den Anweisungen des Gesundheitsministeriums bzw. des Nationalen Institutes für öffentliches Gesundheitswesen (NIJZ). Dieses hat in klassischen und digitalen Medien präzise Verhaltensgrundsätze für verschiedene Zielgruppen veröffentlicht. Im slowenischen Gesundheitssystem verfügen (Stadt-)Gemeinden über keine besonderen Befugnisse im Falle von Epidemie-Erkrankungen.

Die Stadt Ljubljana wird bei der Durchsetzung der Maßnahmen durch Mitglieder von 35 freiwilligen Organisationen unterstützt, die dem städtischen Ordnungsdienst im Rahmen des Zivilschutzes unterstehen. Die freiwilligen HelferInnen der freiwilligen Feuerwehr, der Bergrettung und anderer Organisationen unterstützen bei der Aufsicht und bei Verweisungen. Sie bewegen sich hauptsächlich auf öffentlichen Flächen vor beispielsweise Apotheken, Lebensmittelgeschäften und Parks. Dabei ersetzen sie auch beschädigte Absperrbänder und sorgen dafür, dass Schäden an den Zäunen und anderen Absperrmaßnahmen, die den Zugang zu diesen Orten verhindern, beseitigt werden. Insgesamt wurden bisher 200 Ermahnungen ausgesprochen. Dabei ging es vor allem um die untersagte Nutzung von Kinderspielflächen, die wegen der Schutzvorkehrungen gegen das Coronavirus gesperrt worden sind. Zudem kümmert sich die Stadt Ljubljana um soziale Randgruppen, und hat am 7. April 2020 zusätzliche Räumlichkeiten für Obdachlose an die Hilfsorganisation "Kralji Ulice" übergeben, dort finden 20 Personen eine Unterkunft. Die Hilfsorganisation hat um Hilfe gebeten, da die bestehenden Unterkünfte überfüllt sind und die Ansteckungsgefahr somit groß ist. In Anbetracht der Situation sorgt sich die Stadt auch um SeniorInnen, 100 FahrerInnen des städtischen Fahrgastverkehrs LPP verteilen täglich 250 Portionen Essen an bedürftige SeniorInnen und Familien. Es gibt eine Hotline für Lebensmittelbestellungen, zudem hat die Stadt ein Netz von Freiwilligen ins Leben

gerufen, die den SeniorInnen mit einem Telefongespräch über alltägliche Themen die Langeweile vertreiben sollen.

## **Aktuelle Lage in Slowenien**

Die Regierung hat sich am 7. April 2020 mit dem Resultat der Maßnahmen mäßig zufrieden gezeigt. Sollte in Slowenien die Zahl der Corona-Infektionen in den nächsten Tagen weiterhin langsam ansteigen, will die Regierung nach den Osterfeiertagen bestimmte Wirtschaftsbranchen wieder hochfahren. Die Regierung kündigte zudem das zweite Coronavirus-Maßnahmenpaket an, an dessen Gestaltung sich neben der Wirtschaft auch die Gewerkschaften beteiligt haben – es soll noch im April dem Parlament vorgelegt werden. Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit auf die Haupt- oder Nebenwohnsitzgemeinde bleiben weiterhin bestehen. Weiterhin sind nur noch Wege zur Arbeit sowie unbedingt notwendige Einkäufe (Lebensmittel, Medikamente) erlaubt.

Im Rahmen der Maßnahmen wurden auch 114 Haftunterbrechungen verordnet. Mit dieser Maßnahme soll eine Ausbreitung des Virus in Gefängnissen verhindert werden – nachdem bereits ein positiver Fall bekannt geworden war. DirektorInnen von Justizanstalten können, wenn keine Sicherheitsbedenken bestehen, eine einmonatige Haftunterbrechungen verordnen. StraftäterInnen können auch vorzeitig aus der Haft entlassen werden. Neben vorbildlichen Verhalten müssen auch mindestens zwei Drittel der Freiheitsstrafe bereits verbüßt sein.

In Zeiten der aktuellen Corona-Krise möchten viele BürgerInnen ausreichend und zeitnah über den Stand der Maßnahmen und deren Auswirkungen informiert werden. Deshalb hat die slowenische Regierung auf Viber, einer beliebten Chat-App, einen Kanal gestartet. Einmal täglich werden die aktuellen Updates an die AbonnentInnen des Kanals gesendet. Wer sich in der aktuellen Lage krank fühlt, ist oft im Zwiespalt, ob eine CoViD-19-Erkrankung vorliegt. Hier soll der neue Chatbot "Vid" weiterhelfen – schnelle Antworten sollen der ersten Einschätzung der eigenen Situation dienen. Zudem können sich alle an die kostenlose Corona-Hotline wenden, wo 60 MedizinstudentInnen seit einem Monat Anrufe besorgter MitbürgerInnen entgegennehmen und Fragen beantworten.

## **Hotspots**

Das Corona-Epizentrum mit den meisten Infizierten liegt in der Hauptstadt – 199 Personen. Ein Fünftel der Infizierten sind Arbeitskräfte im Gesundheitswesen.

## Politische Statements

Die Corona-Krise traf Slowenien inmitten eines Regierungswechsels – Janša wurde am 13. Februar als neuer Regierungschef angelobt. Das Parlament bestätigte die Regierung in Rekordzeit von zwei Stunden mit 52 der 90 Stimmen. Zuerst wurde ein Krisenstab errichtet jedoch wurde dieser mit 25. März 2020 entlassen, die einzelnen Ministerien haben nun unter sich Abläufe, Zuständigkeiten und Kommunikationswege gefunden. Es findet zweimal täglich eine Pressekonferenz statt, die vom Nationalfernsehen übertragen wird – Fragen werden online gestellt.

Für Kritik in den Medien sorgte die Entscheidung der Regierung, JournalistInnen von der Teilnahme an Pressekonferenzen zur Corona-Krise auszuschließen. Nach starker Kritik an der Regelung, Fragen im Voraus per E-Mail einzureichen, wurde es den JournalistInnen ermöglicht, ihre Fragen aus dem Studio des Nationalfernsehens zu stellen.

Premierminister Janez Janša (SDS – Slowenische demokratische Partei) hat sich inmitten der Corona-Krise kritisch gegenüber dem Nationalfernsehen geäußert, weil der Rundfunksender über eine Gehaltserhöhung für RegierungsvertreterInnen berichtet hatte. Er bezeichnete sie auf Twitter als Lügenpresse: "Zählt mir Länder auf, die zwei Millionen Einwohner und einen nationalen Rundfunk mit 2.300 Mitarbeitern haben. Findet eines, in dem der öffentlich-rechtliche Sender inmitten des Kampfes gegen die Epidemie eine derartig schäbige politische Agitation betreibt wie ein Teil der Redaktion vom Nationalfernsehen @RTV\_Slovenija", twitterte er. Zwar gebe es "Ausnahmen unter den Journalisten", die die Öffentlichkeit korrekt informieren. "Aber ihr verdient eine bessere Führung."

## Parteien

SDS: Slowenische Demokratische Partei (Mitte-rechts)

## Quellen

GOVSI (Webportal der slowenischen Regierung, [www.gov.si](http://www.gov.si))

RTVSLO (Webportal des slowenischen Nationalfernsehens, [www.rtv slo.si](http://www.rtv slo.si))

STA (Webportal der slowenischen Presseagentur STA, [www.sta.si/](http://www.sta.si/))

# Prag/Tschechien

## Zahlen und Fakten

Mit 8. April 2020 gibt es in Tschechien 5.033 Infizierte. 181 Leute sind genesen und 91 verstorben. Zu diesem Stichtag (8.25 Uhr) wurden 98.681 Tests durchgeführt.

Prognosen hatten die Zahl der Infizierten Ende März 2020 ursprünglich auf 3.000 hochgerechnet. Die März-Prognose war sehr genau. Am 31. März 2020 wurde die Infektion bei 3.002 Personen diagnostiziert. Sollten die Zahlen der Erkrankten Mitte April 2020 zwischen 8.000 und 15.000 liegen, wäre das Funktionieren des tschechischen Gesundheitssystems noch nicht gefährdet.

## Aktuelle Lage in Prag

Da die Koordination der öffentlichen gesundheitlichen Bedrohung in Tschechien dem Gesundheitsministerium unterliegt, kommuniziert der Prager Magistrat die Situation nur sehr sporadisch und verweist auf die Anweisungen des Ministeriums beziehungsweise der "Regionalen hygienischen Stationen" und des "Staatlichen Instituts für Gesundheit", denen die Stadt untergeordnet ist. In der Praxis bedeutet das, dass die Stadt die Anweisungen des Staates umsetzt und nur dort eingreift, wo es keine Überschneidungen mit den Zuständigkeiten des Staates gibt, wie zum Beispiel in Fragen der Obdachlosigkeit, des öffentlichen Verkehrs und der Betreuung von SeniorInnen. Dem Krisenstab des Prager Magistrats wird in den tschechischen Medien so gut wie keine Sendezeit eingeräumt. Welche Schritte die tschechische Hauptstadt unternimmt, kann derzeit fast nur auf den Websites des Magistrats eingesehen werden. Die Medien informieren derzeit eher selten über die Maßnahmen des Magistrats. Die Stadt unterstützt die tschechische Regierung dennoch wo es geht, indem sie beispielsweise selbst eine neue Teststation errichtet und finanziert. Interessierte können sich nun täglich von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr auf dem Messegelände im siebten Prager Bezirk testen lassen. Dazu brauchen sie entweder eine Empfehlung von ihrer Ärztin oder ihrem Arzt oder von den HygienikerInnen. Die BürgerInnen werden im sogenannten "Drive-thru"-Verfahren getestet, bei dem sie ihren Wagen nicht verlassen dürfen, um das Infektionsrisiko zu senken.

Laut Vizeoberbürgermeister Petr Hlubuček (SSPP – Vereinte Kräfte für Prag), der auch für Sicherheit zuständig ist, ist Prag auf die aktuelle Krise gut vorbereitet. Der Prager öffentliche Verkehr wurde nicht eingestellt. Lediglich ein paar Buslinien wurden gestrichen, beziehungsweise sind diese nur bis 22.30 Uhr in Betrieb. Der Betrieb der U-Bahn und der Straßenbahnen erfolgt nach dem Ferienfahrplan, der Nachtverkehr der S-Bahnlinien wurde eingestellt. Die Verkehrsmittel werden



intensiver desinfiziert und den Fahrgästen wird beim Betreten der U-Bahn Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt.

## **Aktuelle Lage in Tschechien**

Das ganze Land befindet sich in Quarantäne. Die Bevölkerung darf das Land nicht verlassen und AusländerInnen dürfen nicht einreisen. An den Grenzen wird streng kontrolliert. BerufspendlerInnen müssen bei ihrer Rückkehr nach Tschechien mit einer zweiwöchigen Quarantäne rechnen. Aus diesem Grund gaben die meisten PendlerInnen ihre Arbeitstätigkeit in Deutschland und Österreich auf, oder sie wurden gekündigt. Von dieser Regelung sind nur Ärztinnen, Ärzte und Krankenpersonal ausgenommen. Am Grenzübergang werden die PendlerInnen registriert und danach auch zu Hause kontrolliert. Im Rahmen der Lockerung der Maßnahmen wurde auch eine neue Verordnung, die Ausreise aus Tschechien betreffend, verlautbart. In berechtigten Fällen, wie beispielsweise bei Dienstreisen, Besuchen der Verwandtschaft und so weiter, dürfen die Tschechinnen und Tschechen das Land verlassen. Bei der Rückkehr ins Land müssen sie sich jedoch einer vierzehntägigen Quarantäne unterziehen. Eine Einreise von AusländerInnen ist nach wie vor untersagt. Diese Verordnung gilt ab 14. April 2020.

Das Verlassen der eigenen vier Wände ohne Mundschutz ist untersagt. Ferner plante die Regierung, den Notstand um weitere 30 Tage zu verlängern. Um dies umsetzen zu können, war im Vorfeld die Zustimmung des Abgeordnetenhauses erforderlich. Ein Großteil der Opposition war jedoch gegen die Verlängerung dieser Frist und schlug eine Verlängerung von lediglich zwei Wochen vor. Letztendlich wurde eine Verlängerung bis 30. April 2020 beschlossen.

Am 6. April 2020 wurde auch gewisse Lockerungen der strengen Maßnahmen verkündet. Ab Donnerstag, den 9. April 2020, können weitere Geschäfte öffnen. Es handelt sich um Geschäfte für Arbeitskleidung, Kinderbekleidung und Kinderwagen, Papiergeschäfte, Schuhgeschäfte und Schuhreparaturen, Hobbymärkte und Eisenwarenhandlungen. Zudem sollen öffentliche Sportplätze zugänglich gemacht werden, auf denen die Menschen keine Mundschutzmasken tragen müssen. Das Betreiben von Individualsport wie Tennis oder Golf wird wieder erlaubt.

Alle Schulen, Kindergärten und Universitäten bleiben nach wie vor bis auf Widerruf geschlossen. Die Abschlussprüfungen (Matura) sollen jedoch entfallen, sollten die Gymnasien und die anderen weiterführenden Schulen nicht bis 1. Juni 2020 wieder offen sein.

Die CoViD-19-Infektionen verbreiten sich leider auch in Krankenhäusern und SeniorInnenheimen. Die Krankenhäuser wurden aus diesem Grund aufgefordert, einen Teil der Betten für erkrankte SeniorInnen bereitzustellen. Auch das

militärische Krankenhaus in der ostböhmisches Stadt Těchonín wäre bereit, SeniorInnen zu behandeln. Der Zustand des Patienten, der mit dem experimentellen Arzneimittel "Remdesivir" behandelt wird, hat sich verbessert, bleibt aber immer noch kritisch.

Vizepremier und Innenminister Jan Hamáček (ČSSD – Tschechische sozialdemokratische Partei) übernahm am 30. März 2020 die Leitung des tschechischen Krisenstabs. Der bisherige Leiter, Vize-Gesundheitsminister Roman Prymula, widmet sich nun dem Projekt der "intelligenten Quarantäne", die mittels Handy-Tracking die infizierten BürgerInnen und deren potenziell angesteckte Kontakte beobachtet.

Die Anzahl der Betten in den Intensivpflegestationen ist in Tschechien ausreichend, sodass auch 14 Betten für andere betroffene Länder angeboten wurden. Frankreich wollte sechs davon in Anspruch nehmen, der Transport konnte jedoch nicht erfolgen, weil sich der gesundheitliche Zustand der Erkrankten wesentlich verschlechterte und die Betroffenen nicht ausgeflogen werden konnten.

## Hotspots

Zwei Drittel der Fälle wurden in Prag und in Zentralböhmen registriert.

## Politische Statements

Nach langer Zeit durfte die tschechische Öffentlichkeit auch das Staatsoberhaupt zu Gesicht bekommen. Miloš Zeman (parteilos) ließ mit einigen negativen Äußerungen in Richtung EU aufhören. Im Gegensatz zur EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sei er froh, dass Tschechien die Grenzen habe schließen können. Wenn die Grenzen offengeblieben wären, wäre Tschechien von der Pandemie wesentlich härter getroffen worden, so Zeman. Ferner lobte Zeman die Maßnahmen der Regierung und nahm die Regierungsmitglieder vor Kritik der Opposition in Schutz.

## Parteien

ANO: JA (Mitte)

ČSSD: Tschechische sozialdemokratische Partei (links)

SSPP: Vereinte Kräfte für Prag (Mitte-links)

## Quellen

iDnes.cz (Nachrichtenportal, [www.idnes.cz](http://www.idnes.cz))

Seznam.cz (Nachrichtenportal, [www.seznam.cz](http://www.seznam.cz))

# Sarajevo/Bosnien-Herzegowina

## Zahlen und Fakten

Zum Stichtag 7. April um 17 Uhr wurden 7.071 Personen auf CoVid-19 getestet. Infiziert sind bislang rund 777 Personen. An dem Virus gestorben sind bislang 33 Menschen, 77 sind geheilt. Es gibt 667 aktive Fälle. Die Sterberate liegt bei 4,25 Prozent. Der 2. April war mit 74 Neuinfizierten und drei Todesfällen der schlimmste Tag seit dem ersten registrierten Fall am 5. März. In der Teilrepublik Srpska sind die meisten Infizierten mit 66,7 Prozent aus der Altersgruppe zwischen 30 und 64 Jahren. Statistiken zufolge sind die meisten der Infizierten im Teiland Föderation Bosnien-Herzegowina (29,5 Prozent) zwischen 20 und 44 Jahre alt.

## Aktuelle Lage in Sarajevo

Die Tatsache, dass es im Kanton Sarajevo nur 50 Infizierte gibt, stellt vor allem die Sicherheitsstrukturen auf die Probe, da die Bevölkerung mit den Einschränkungen teilweise nachlässig umgeht. Beliebte Sammelpunkte sind die städtischen Grünanlagen und Naherholungsgebiete. Sarajevo wird diese jedoch nicht schließen, so wie es die Stadt Banja Luka getan hat.

Die Daseinsvorsorge in Sarajevo funktioniert ohne Probleme. Manche Kommunalbetriebe, wie das Unternehmen für Straßenreinigung und Müllabfuhr "KJKP Rad" beispielsweise, führen Abfallentsorgungen während der Krise häufiger durch und desinfizieren den öffentlichen Raum in Koordination mit anderen Behörden. Die öffentlichen Verkehrsmittel stehen seit dem 21. März still, lediglich Angestellte im Gesundheitswesen sowie im Sicherheits- und Zivilschutzbereich können die Sonderbuslinien benutzen.

Die steigende Arbeitslosigkeit ist, wie in anderen Landesteilen, zurzeit das aktuellste Thema. Besonders betroffen sind Dienstleistungsbetriebe und der Tourismus. So mussten beispielsweise zwei der größten Hotels, das Hotel "Europe" und das Hotel "Holiday", alle MitarbeiterInnen entlassen. Die Wirtschaftskammer des Kantons Sarajevo führte eine Umfrage unter 815 Unternehmen aus der Hauptstadt durch. Nur 6,7 Prozent der Befragten gaben an, dass sie keine MitarbeiterInnen entlassen werden.

Am 6. April feierte Sarajevo den "Tag der Befreiung 1945". Obwohl die Straßenmasten mit Fahnen der Stadt geschmückt waren, wurde auf jegliches Kultur- und Kunstprogramm und die feierliche Gemeinderatssitzung verzichtet. Bürgermeister Abdulah Skaka (SDA-Partei der demokratischen Aktion) und der Gemeinderatsvorsitzende Igor Gavrić (SBB-Union für eine bessere Zukunft) gedachten an den Denkmälern der Opfer des Zweiten Weltkrieges und des

Bosnienkrieges 1992-1995. Bürgermeister Skaka sagte in seiner Ansprache zum 6. April, "Städte sollen zusammenhalten, in diesen Krisenzeiten solidarisch sein und im Sinne des Schutzes und zum Wohle unserer MitbürgerInnen kooperieren. Es ist die Aufgabe von uns allen, die Herausforderungen von heute mutig anzupacken und weiterhin funktionsfähige, dynamische und glückliche Städte der Zukunft in Europa zu bauen".

## **Aktuelle Lage in Bosnien-Herzegowina**

Die allgemeine Ausgangssperre gilt immer noch von 20 bis 5 Uhr. Lockerungen der Maßnahmen wurden keine angekündigt. Angesichts der Prognosen zu steigenden Infektionszahlen wird eher über deren Verschärfung gesprochen. In der Öffentlichkeit gilt eine Schutzmasken- und Handschuhpflicht.

Für die Bevölkerungsgruppen von unter 18- und über 65-Jährigen wurde die allgemeine Ausgangssperre von 24 Stunden nur ein wenig geändert. So dürfen Kinder nun beispielsweise im Auto mitfahren, aber immer noch nicht draußen sein. Menschen im Alter von 65 Jahren oder mehr, die etwas mehr als 14 Prozent der Bevölkerung ausmachen, dürfen in der Föderation nun täglich von 7 bis 12 Uhr werktags und in der Teilrepublik Srpska dienstags und freitags für wichtige Erledigungen raus.

Im Handel gab es nur eine Lockerung, die es Geschäften für elektronische Geräte und Autoteile erlaubt, wieder zu öffnen. Ansonsten bleiben weiterhin nur Lebensmittelgeschäfte, Apotheken, Tankstellen und Banken offen. Das Land ist inzwischen nach mehreren Lieferungen aus dem Ausland besser ausgestattet. 150.000 Schnelltests wurden aus Südkorea angeliefert. Infolgedessen wurde gleich eine Ausweitung von Testungen, besonders bei medizinischem Personal angekündigt.

Am 3. April wurde ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung heimischer Unternehmen präsentiert. Dieses Paket umfasst verschiedene Subventionen von Pflichtversicherungsbeiträgen, Stundungen von Körperschafts- und Einkommenssteuer sowie Regelungen für bis zu dreimonatige Aufschübe bei Kreditraten. Einige Unternehmen zeigten sich jedoch mit dem präsentierten Paket unzufrieden, da viele nicht die nötigen Ressourcen haben, um ihren Angestellten ein Mindestgehalt zu bezahlen, was wiederum für den Erhalt mancher Unterstützungsmaßnahmen nötig ist.

WirtschaftsexpertInnen warnen davor, Groß- und Infrastrukturprojekte abzusagen, um so den Geldtopf zu erweitern. Dem Land wurden Kredite vom Internationalen Währungsfonds (165 Millionen Euro), der Weltbank (18,4 Millionen Euro) und der "Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" (18,4 Millionen Euro)

zugesichert. Mitte April werden die Teilländer mittels Budgetausgleich ihre Strategien für eigene Finanzierungsquellen präsentieren.

## Hotspots

Der größte Hotspot ist Banja Luka, die zweitgrößte Stadt im Land sowie das politische und administrative Zentrum der Teilrepublik Srpska. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass hier die ersten Fälle von CoViD-19 entdeckt wurden und von Beginn an mehr getestet wurde, um die einzelnen Brennpunkte unter Kontrolle zu kriegen. An zweiter Stelle liegt Tuzla, die drittgrößte Stadt des Landes, wo sich das Virus zuerst in den Kliniken ausgebreitet hatte. Infolge dessen mussten auch das Herzzentrum, die Kinderklinik und die Klinik für Hautkrankheiten schließen. Den dritten Hotspot stellt der Bezirk Čitluk (ca. 18.000 EinwohnerInnen) in der Westherzegowina, weniger als 30 Kilometer von Dalmatien/Kroatien entfernt, dar. Der Bezirksvorsteher Marin Radišić (HDZ-Kroatische demokratische Union) zählt zu den Infizierten.

## Politische Statements

Die politischen VertreterInnen aller drei Volksgruppen sind sich derzeit über den Umgang mit den Landsleuten, die aus Europa vermehrt in die Heimat zurückkehren, einig. Alle Parteien setzten sich für Quarantäne-Zentren an allen Grenzübergängen ein und appellieren an die Diaspora, weder zu den römisch-katholischen noch zu den serbisch-orthodoxen Ostern nach Hause zu reisen.

Die Nationalbank stellt seit Beginn der Krise einen Streitpunkt dar, da die Teilrepublik Srpska auf die Währungsreserven zurückgreifen möchte. Milorad Dodik (SNSD-Union der unabhängigen Sozialdemokraten) bezeichnete die Politik der Nationalbank als fatal und ihre Führungspersonen als "DienerInnen der Fremden" (konkret des Internationalen Währungsfonds). Die ersten Apriltage zeichnete auch der "Kampf um das Parlament" der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei (SDP) aus. In der Föderation Bosnien-Herzegowina wurde nämlich ein Verbot für Ansammlungen von über 20 Personen verhängt. Erst am 6. April wurde diesem Beschluss ein Punkt hinzugefügt, der Parlaments- und Gemeinderatssitzungen erlaubt. Die Opposition befürchtet, wie anhand des Beispiels des Versammlungsverbots zu sehen ist, eine Schwächung demokratischer Standards.

Bereits vier Todesfälle in Sarajevo bei Menschen ohne Vorerkrankungen sind auf etwaige Versäumnisse im "CoVid-19-Behandlungsprotokoll" zurückzuführen. In zwei Fällen ermittelt die Staatsanwaltschaft. Auch ÄrztInnen bemängelten beispielsweise, dass die Telefonnummern der Epidemiologischen Bezirkseinheiten nicht ordnungsgemäß funktionieren würden, und dass das Personal in den

Bezirksambulanzen für die Pandemie weder geschult noch ausgestattet sei. Inzwischen fordern mehrere Parteien die Ablösung des interimistischen Direktors der "Bezirksambulanzen des Kantons Sarajevo", Mehmed Kulić, und eine Reaktion des Gesundheitsministers des Kantons Sarajevo, Rusmir Mesihović (DF-Demokratische Front). Auch der SBB-Parteichef und zugleich amtierende Sicherheitsminister Bosnien-Herzegowinas, Fahrudin Radončić, äußerte solche Forderungen. Kulić' Entlassung sei, Medienberichten zufolge, fast beschlossen.

## Parteien

HDZ: Kroatische demokratische Union (Mitte-rechts)  
SNSD: Union der unabhängigen Sozialdemokraten (Mitte-rechts)  
SBB: Union für eine bessere Zukunft (Mitte-rechts)  
DF: Demokratische Front (Mitte-links)

## Quellen

Fena (Nachrichtenagentur, [www.fena.ba/](http://www.fena.ba/))  
Klix.ba (Onlinemedium, [www.klix.ba](http://www.klix.ba))  
Rtrs.tv (Website des Senders RTRS, [www.rtrs.tv](http://www.rtrs.tv))  
Covid-19.ba (Website der Regierung des Teillandes Föderation, [www.covid-19.ba](http://www.covid-19.ba))  
Bhrt.ba (Website des Senders BHT1, [www.bhrt.ba](http://www.bhrt.ba))

## Sofia/Bulgarien

### Zahlen und Fakten

In Bulgarien gibt es zum Stichtag 8. April 2020 581 CoViD-19-Infizierte. Davon sind 23 Menschen verstorben und 42 genesen. Insgesamt 32 MedizinerInnen sind mit dem Coronavirus infiziert. 213 Erkrankte liegen im Spital, 21 davon auf der Intensivstation. Über 40.000 Menschen haben sich seit Beginn der CoViD-19-Krise beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet.

Drei bulgarische Firmen nähern Schutzkleidung. Deutschland hat den Wunsch geäußert, die gesamte Produktion eines der Unternehmen zu erwerben. Bis Ende April werden diese drei Firmen 30.000 und bis Ende Mai 2020 100.000 Schutzanzüge hergestellt haben. Das von der Regierung eingerichtete Logistikzentrum hat 53.975 spezielle Atemschutzmasken an Ärztinnen und Ärzte verteilt, 946.950 Atemschutzmasken wurden der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Das medizinische Personal hat 3.392 Mehrweg-Schutzanzüge erhalten. Es wurden 158.000 Liter Spiritus für Desinfektion und 85.768 Schutzbrillen verteilt.

### Aktuelle Lage in Sofia

Am 2. April 2020 gab die Sofioter Bürgermeisterin, Jordanka Fandakova (GERB – Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens), bekannt, dass das erste Wirtschaftspaket der Gemeinde Sofia für KMU's stehe. Es sehe unter anderem Maßnahmen in den Bereichen Steuern und Verwaltungsdienstleistungen vor. Ferner würden die Finanzinstrumente der Gemeinde angepasst, um FreiberuflerInnen besser zu unterstützen. Weiters seien die Einnahmen aus kommunalen Steuern und Gebühren im März, im Vergleich zum Vormonat, um 19 Millionen Lewa (9,7 Millionen Euro) zurückgegangen. Die Bürgermeisterin werde auch deswegen eine Aktualisierung des Stadtbudgets vorschlagen. Alle Maßnahmen müssten jedoch noch vom Gemeinderat gebilligt werden. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 16. April 2020 statt.

Beim Sofioter Rettungsdienst sind acht MedizinerInnen mit CoViD-19 infiziert. Im Rahmen ihres alltäglichen Jobs haben sie um die 600 Adressen besucht, die aktuell überprüft werden.

Am 7. April 2020 erklärte die Sofioter Bürgermeisterin, dass die Abteilung für Pulmologie im Ersten Städtischen Krankenhaus umfunktioniert worden sei, um Corona-Infizierte aufnehmen zu können. Die Kapazität liege bei zehn Betten. Es gebe einen eigenen Eingang, sodass der Betrieb im Krankenhaus nicht gestört werde. Das Sofioter Logistikzentrum verfüge derzeit über genügend Schutzanzüge und Masken, eine weitere Lieferung werde zudem noch erwartet.

Knapp 1.100 bedürftige Personen in Sofia würden vom Roten Kreuz mit Paketen, die 16 lang haltbare Nahrungsmittel enthalten, versorgt. Die Pakete beinhalten unter anderem Mehl, Öl, Reis und Konserven.

Am 7. April 2020 protestierten im Zentrum von Sofia die TaxifahrerInnen, weil sie eine Pleite befürchten. Sie fordern unter anderem Gutscheine im Wert von 1.000 Lewa (511 Euro), mit denen sie zum Beispiel Treibstoff, Wartung oder Reparaturen zahlen könnten. Von den insgesamt 6.000 Taxis in Sofia arbeiten wegen Fahrgastmangels aktuell nicht mehr als 2.000.

Ab 8. April 2020 wird der öffentliche Verkehr in der bulgarischen Hauptstadt nur mehr bis circa 22 Uhr verkehren. Auch die Intervalle zahlreicher Bus-, O-Bus- und Straßenbahnlinien werden verändert und drei Buslinien bis auf Weiteres geschlossen. Die Änderungen werden aufgrund der Erhebungen des "Zentrums für städtische Mobilität" über die aktuelle Fahrgastzahl durchgeführt.

## **Aktuelle Lage in Bulgarien**

Eine Studie des Meinungsforschungsinstituts "Gallup International", die am 1. April 2020 veröffentlicht wurde, zeigt, dass 82 Prozent der Bulgarinnen und Bulgaren die Maßnahmen in Zusammenhang mit CoViD-19 als "unangenehm, aber erträglich" empfinden. 15 Prozent vertreten die Meinung, dass diese "bereits unerträglich" sind. Zwei Drittel der BürgerInnen sind der Ansicht, dass die von der Regierung getroffenen Maßnahmen ausreichend sind. Ein Drittel erklärt, dass sich ihr Einkommen seit der Einführung der Beschränkungsmaßnahmen reduziert hat.

Zwei ÄrztInnen aus dem Unfallkrankenhaus "Pirogov" in Sofia haben eine digitale Plattform entwickelt, auf der schnell und kostenlos überprüft werden kann, ob die beziehungsweise der Betreffende CoViD-19-Symptome hat. Als Basis für die Plattform wurden die aktuellsten und glaubwürdigsten medizinischen Protokolle, die von MedizinerInnen in den am meisten betroffenen Staaten erstellt wurden, genutzt.

Eine Umfrage der Bulgarischen Handelskammer, die am 2. April 2020 veröffentlicht wurde, hat ergeben, dass lediglich acht Prozent der ArbeitgeberInnen das Angebot der Regierung, 60 Prozent des Gehalts der Angestellten zu übernehmen, annehmen werden. 42 Prozent der ArbeitgeberInnen hingegen wollen einen Teil der MitarbeiterInnen entlassen, und 48 Prozent der ArbeitgeberInnen einen Teil oder das gesamte Personal in bezahlten oder unbezahlten Urlaub schicken.



Eine Studie des Privatfernsehens "bTV" und des Meinungsforschungsinstituts "Market Links", die von 27. bis 30. März durchgeführt und am 2. April 2020 veröffentlicht wurde, zeigt, dass 86 Prozent der Bulgarinnen und Bulgaren denken, dass eine schwere Wirtschaftskrise bevorsteht. 56 Prozent der BürgerInnen befürchten, dass sie ihren Job verlieren könnten. 80 Prozent der Befragten erwarten, dass sich ihr Einkommen im laufenden Jahr reduzieren wird.

Drei Parlamentsabgeordnete wurden positiv auf CoViD-19 getestet, darunter die Fraktionsvorsitzende der regierenden Partei GERB (Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens).

Am 3. April 2020 hat das Parlament beschlossen, den Notstand bis zum 13. Mai 2020 zu verlängern. Der vom Premier gegründete Medizinische Rat, der die Tätigkeit des Nationalen Krisenstabs im medizinischen Bereich unterstützen sollte, wurde nach nur zwei Wochen aufgelöst. Es kam mehrmals zu Spannungen zwischen dem Premier und dem Krisenstab auf der einen und dem Rat auf der anderen Seite. Offiziell hieß es, dass der Medizinische Rat seine Aufgabe erfüllt habe: Er habe ein 400 Seiten starkes Handbuch mit medizinischen Hinweisen für den Kampf gegen CoViD-19 herausgegeben.

Handelsbanken haben auf Aufforderung der Bulgarischen Nationalbank Vorschläge ausgearbeitet, wie diese mit der Zahlung von Krediten während des Notstandes umgehen wollen. Diese wurden am 6. April 2020 eingereicht und werden jetzt durch die Nationalbank geprüft.

Das Parlament hat Änderungen im Notstandsgesetz verabschiedet. Abgeordnete, MinisterInnen und LeiterInnen staatlicher Agenturen bekommen demnach vom 1. April 2020 bis zum Ende des Notstandes keine Gehälter. Nach Abzug der Steuern und Versicherungsbeiträge sollen diese Gelder auf das Konto des Gesundheitsministeriums überwiesen werden und dem Kampf gegen CoViD-19 dienen. Der Staat wird im Finanzierungsschema der Regierung für Privatfirmen "60/40" nun doch die Versicherungsbeiträge der ArbeitgeberInnen übernehmen. MieterInnen von staatlichen oder kommunalen Flächen können nun auch, bis Ende des Notstandes, vollständig oder teilweise von der Miete befreit werden. Bei Verzug der Zahlungen von natürlichen Personen bei Krediten oder anderen Finanzierungsformen dürfen keine Verzugszinsen und Pönalen berechnet werden. Die Schulden können auch nicht vorzeitig fällig werden, die Verträge können nicht wegen Nichterfüllung gekündigt werden und es können keine Sachpfändungen durchgeführt werden. Auch die immens hohen Strafen für Verstöße gegen die Einschränkungsmaßnahmen wurden reduziert. Die Strafe für einen Spaziergang im Park beträgt nun zwischen 300 und 1.000 Lewa (153 und 511 Euro). Bei nochmaligem Vergehen steigt die Strafe auf 1.000 bis 2.000 Lewa (511 bis 1.024 Euro). Bis dato wurden Strafen in der Höhe von 5.000 Lewa (2.556 Euro)

verhängt. 5.000 Lewa müssen weiterhin bezahlt werden, wenn Personen gegen die Quarantänebestimmungen verstoßen. Die Reisebüros müssen ihren Kundinnen und Kunden nach Ende des Notstandes für bezahlte und nicht realisierte Dienstleistungen, falls diese Gutscheine ablehnen, das Geld binnen eines Monats zurückerstatten. Das Staatsbudget wurde aktualisiert. Die Obergrenze der zulässigen Staatsverschuldung wurde von 2,2 Milliarden Lewa (1,1 Milliarden Euro) auf 10 Milliarden Lewa (5,1 Milliarden Euro) erhöht.

Die Regierung hat am 8. April 2020 beschlossen, die BürgerInnen des Wintersportorts Bansko, dessen 14-tägige Quarantäne abgelaufen ist, massenhaft zu testen. Es wird angenommen, dass Bansko ein Corona-Infektionsherd ist und nun soll mit Schnelltests überprüft werden, ob die Menschen in dieser geschlossenen Gemeinschaft Antikörper gebildet haben.

## Hotspots

CoVid-19-Infektionen sind über das ganze Land verteilt. Von den 28 Kreisen in Bulgarien melden 24 Fälle von Corona-Infizierten. Die meisten Erkrankten gibt es, mit 340, in der Hauptstadt Sofia. In der nächstgrößten Stadt Plovdiv sind es jedoch nur mehr 34 Personen.

## Politische Statements

Der bulgarische Staatspräsident, Rumen Radev (parteilos), erklärte am 3. April 2020 in einer Fernsehansprache anlässlich des Vorschlags der Regierung, den Notstand bis zum 13. Mai 2020 zu verlängern, dass das wirtschaftliche Elend den Virus nicht vernichten werde. Er forderte die Behörden zu einer Rückkehr zu einer verhältnismäßig normalen Lebensweise und einer Wiederaufnahme der Produktion und der Freizügigkeit von Menschen und Waren auf.

Bulgariens Premierminister, Bojko Borissov (GERB), reagierte scharf und sagte, dass der Staatspräsident ja ein Veto gegen die Verlängerung des Notstandes einlegen könne. Ferner infizierte sich ein Parlamentsabgeordneter nach dem anderen mit CoVid-19, weshalb nicht sicher sei, wie es in den nächsten Tagen aussehe werde und ob das Parlament überhaupt funktionieren werde. Deshalb habe die Regierung jetzt eine Verlängerung des Notstandes vorgeschlagen.

Am 7. April 2020 äußerte sich Staatspräsident Radev bei einem Besuch des Unfallkrankenhauses "Pirogov" noch einmal zum Thema und meinte, dass Premier Borissov die Verfassung besser kennen sollte: Der Präsident habe kein Recht, ein Veto gegen Beschlüsse des Parlaments einzulegen. Danach zitierte er Goethe: "Es ist nichts schrecklicher als eine tätige Unwissenheit". Die Antwort der Regierung kam dieses Mal vom Vizepremierminister, Tomislav Dontschev (GERB).

Dieser gab dem Präsidenten den Ratschlag, seinem eigenen Appell zu folgen, dass alle ruhig ihren Job machen sollten, da die Gesellschaft genau das brauche.

## Partei

GERB: Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens (Mitte-rechts)

## Quellen

Dnes.bg (Onlinemedium, [www.dnes.bg](http://www.dnes.bg))

Dariknews.bg (Onlinemedium, [www.dariknews.bg](http://www.dariknews.bg))

Nova.bg (Website des Fernsehsenders "Nova", [www.nova.bg](http://www.nova.bg))

Mediapool.bg (Onlinemedium, [www.mediapool.bg](http://www.mediapool.bg))

Capital.bg (Website der Wochenzeitung "Kapital", [www.capital.bg](http://www.capital.bg))

## Zagreb/Kroatien

### Zahlen und Fakten

Der erste Fall von CoViD-19 wurde am 25. Februar 2020 in Zagreb diagnostiziert. Bis einschließlich 7. April 2020 wurde das Virus bei 1.282 Personen festgestellt. Das Durchschnittsalter der PatientInnen beträgt 48 Jahre, 51 Prozent sind Männer, 49 Prozent Frauen. 352 Personen werden in Krankenhäusern behandelt. 35 Personen werden derzeit künstlich beatmet. 167 Personen wurden als genesen entlassen, während 18 PatientInnen verstorben sind. 178 Angestellte aus dem Gesundheitsbereich befinden sich unter den Infizierten. In den vergangenen sieben Tagen betrug die durchschnittliche tägliche Wachstumsrate der Fallzahlen 5,43 Prozent. Im Vergleich zur Vorwoche wurde die Wachstumsrate halbiert. Die kroatischen Behörden erklärten, dass kein Grund zur Entspannung bestehe.

### Aktuelle Lage in Zagreb

In der Stadt Zagreb gab es bis einschließlich 7. April 2020 360 CoViD-19-Erkrankungen (der Rückgang im Vergleich zur Vorwoche entstand dadurch, dass die Fälle in der Gespanschaft Zagreb ausgegliedert wurden). Es wurden vier Todesfälle registriert, während 13 Personen als geheilt gelten.

### Aktuelle Lage in Kroatien

Der Anstieg der Fallzahlen hat sich in der vergangenen Woche verlangsamt. Die kroatische Regierung plant nun bereits eine Lockerung der Einschränkungen im öffentlichen Leben. Jedoch soll dies nur unter strengen Auflagen der EpidemiologInnen erfolgen. Ab 9. April 2020 sollen die Tagesmärkte in den Städten wiedereröffnet werden. Voraussetzungen dafür sind jedoch die Beschränkung der Anzahl der anwesenden Personen sowie eine bessere Abtrennung der VerkäuferInnen von den KundInnen. Es ist verboten, seinen Wohnort zu verlassen, in berechtigten Fällen werden Ausnahmen erteilt (zum Beispiel für Angestellte, Speditionen, VerkäuferInnen etc.). Insgesamt wurden rund 450.000 Ausnahmeregelungen erteilt. Das Problem ist die kroatische Verwaltungsstruktur: Kroatien ist in 555 Städte und Gemeinden eingeteilt, weswegen in manchen Fällen BürgerInnen in ihren Wohnorten keine Lebensmittelgeschäfte haben. Es wird deswegen bereits gefordert, nach der Eindämmung des Coronavirus endlich die schon lange fällige Reorganisation der territorialen Einteilung von Kroatien umzusetzen.

Das kroatische Parlament hat am 7. April 2020 eine Ergänzung des Hilfspakets für die Wirtschaft beschlossen. Es wurde unter anderem ein Moratorium für Zwangspfändungen beschlossen. Weiter wurden die bestehenden Mittel für die

Gehaltszahlungen für Angestellte aufgestockt. Die Regierung beschloss zudem, dass Unternehmen, die von der Krise betroffen sind, Steuern und Beiträge für mindestens drei Monate abschreiben können. Weiter muss die Mehrwertsteuer nicht mehr im Voraus beglichen werden, sondern erst nach Erhalt der Zahlungen.

## Hotspots

Die größte Zahl von aktiven Erkrankungen wurde in Zagreb registriert, wo es derzeit 360 aktive Fälle gibt. Ein Hotspot ist die kleine kroatische Adriainsel Murter in der Gespanschaft Šibenik-Knin, die seit 25. März 2020 unter Quarantäne steht. Dort wurden innerhalb kurzer Zeit 17 Fälle diagnostiziert, weswegen die einzige Brücke zum Festland gesperrt und ein Ausgangsverbot verhängt wurde.

Ein neuer möglicher Hotspot könnte die Adriastadt Split werden, wo am 7. April 2020 in einem Altersheim zehn PensionistInnen mit CoViD-19 diagnostiziert wurden. Wie die Infektion erfolgte, ist noch unklar.

## Politische Statements

Der kroatische Premierminister Andrej Plenković (HDZ – Kroatische Demokratische Gemeinschaft) erklärte, dass man bei der eventuellen Lockerung der Anti-CoViD-19-Maßnahmen "sehr vorsichtig" vorgehen werde.

## Parteien

HDZ: Kroatische Demokratische Gemeinschaft (Mitte-rechts)

## Quellen

Kroatisches Amt für öffentliche Gesundheit (Internetportal, [www.hzjz.hr](http://www.hzjz.hr))

Kroatische Direktion für Zivilschutz (Internetportal, <https://civilna-zastita.gov.hr/>)

Koronavirus.hr (Internetportal, [www.koronavirus.hr](http://www.koronavirus.hr))